

# Friedensansätze zur Beendigung des Ukraine-Krieges von außerhalb Europas

Von Clemens Ronnefeldt

## I) Rückblick auf den 10-Punkte-Plan von Istanbul vom 29.3.2022

Ende März scheiterte der 10-Punkte-Plan von Istanbul mit folgenden Details:

1. Die Ukraine akzeptiert ihre politische Neutralität. Im Gegenzug erhält sie eine völkerrechtliche Garantie zur Umsetzung des blockfreien und atomwaffenfreien Status. Mögliche Garantestaaten könnten Russland, Großbritannien, China, USA, Frankreich, Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel sein.

2. Die internationalen Sicherheitsgarantien der Ukraine im Rahmen des Vertrages gelten nicht für die Krim, Sewastopol und einzelne Gebiete des Donbass. Die Parteien müssen die Grenzen dieser Gebiete festlegen oder sich darauf einigen, dass jede Seite sie auf ihre eigene Weise versteht.

3. Die Ukraine verpflichtet sich dazu, keinem Militärbündnis beizutreten, keine ausländischen Militärstützpunkte oder -kontingente zu stationieren und internationale Militärübungen nur mit Zustimmung der Garantestaaten durchzuführen. Die Garantestaaten sollen dabei ihre Absicht bekräftigen, die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU zu fördern.

4.–6. Hier wird skizziert, wie die Garantestaaten im Fall eines bewaffneten Angriffs gegen die Ukraine vorzugehen haben, ähnlich wie es der Artikel 5 für die Beistandsverpflichtung der NATO vorsieht.

7. Inkrafttreten des Vertrages nach einem gesamtukrainischen Refe-

rendum und der Verankerung in der ukrainischen Verfassung.

8. Bestreben, offene Fragen im Zusammenhang mit der Krim und Sewastopol innerhalb von 15 Jahren durch bilaterale Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zu lösen. Vorschlag, vertraglich zu vereinbaren, die Fragen der Krim und Sewastopols nicht militärisch zu lösen, sondern die politischen und diplomatischen Bemühungen in dieser Frage fortzusetzen.

9. Modalitäten für einen Waffenstillstand, den Rückzug der Truppen, humanitäre Korridore und den Austausch der Leichen sowie die Freilassung von Kriegsgefangenen.

10. Persönliches Treffen des ukrainischen und russischen Präsidenten, um einen entsprechenden Vertrag zu unterzeichnen und politische Entscheidungen über die noch offenen Fragen zu treffen.<sup>(1)</sup>

## Gründe für das Scheitern des Istanbul-Planes

Am 13. Mai 2023 berichtete das ZDF unter der Überschrift „Verhindert der Westen Frieden in der Ukraine?“: „Tatsächlich gab es bei den Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland Ende März in Istanbul zunächst Annäherungen. So machte die Ukraine beispielsweise das Angebot, gegen Sicherheitsgarantien einen neutralen Status zu akzeptieren. Russland hingegen kündigte an, seine Truppen beispielsweise um Kiew zu verringern und sich militärisch auf den Osten zu konzentrieren. Laut einem Bericht der ‚Financial Times‘ gab es

sogar einen Entwurf für ein Waffenstillstandsabkommen.“

Nach den russischen Gräueltaten von Butscha hatte sich dann allerdings die Bereitschaft auf westlicher Seite zu einem Waffenstillstand verhärtet, auf russischer Seite nach der Versenkung der „Moskwa“.

Die britische ‚Times‘ zitierte den damaligen Premier Boris Johnson Anfang April mit den Worten, es solle keine Einigung mit Russland geben, „solange die Ukraine nicht die Oberhand hat“. „Vor und während seines Besuchs in Kiew sprach sich Johnson nach Medienberichten - unter anderem des britischen ‚Guardian‘ und des ukrainischen Onlinportals ‚Ukrainska Prawda‘ - dafür aus, dass die Ukraine gegenüber Russland keine Zugeständnisse machen solle.“<sup>(2)</sup>

Am 5. März 2022 flog der damalige israelische Premier Naftali Bennett auf Einladung Putins nach Moskau. In dem Gespräch im Kreml soll Putin nach Aussagen Bennetts einige substantielle Zugeständnisse gemacht – und u.a. den Verzicht auf sein ursprüngliches Kriegsziel einer Demilitarisierung der Ukraine erklärt haben.

„Bennett fragte Putin, ob er vor habe, Selenskyj zu töten. Putin sicherte ihm ausdrücklich zu, das nicht zu tun. Auf seiner Rückreise rief Bennett Selenskyj an und teilte ihm das Ergebnis mit. Der ukrainische Präsident erklärte sich im Gegenzug bereit, auf einen Nato-Beitritt zu verzichten – eine Position, die er kurze Zeit später auch öffentlich wiederholte. Damit war eines der entscheidenden Hindernisse für ei-

(1) [https://www.ipnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand\\_und\\_Frieden\\_Ukrainekonflikt.pdf](https://www.ipnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt.pdf)

(2) <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/wagenknecht-dagdelen-ukraine-krieg-russland-100.html>



nen Waffenstillstand aus dem Weg geräumt“, berichtete die Berliner Zeitung am 6.2.2023.

Bennett flog dann zunächst nach Deutschland, sprach mit Bundeskanzler Scholz und anschließend mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron sowie dem britischen Premier Boris Johnson, ebenso mit der US-Regierung. Boris Johnson habe damals die „aggressive“ Position vertreten, dass „man Putin weiter bekämpfen müsse“, wogegen Scholz und Macron eher pragmatisch eingestellt waren. In der US-Regierung sollen beide Positionen vertreten gewesen sein.

In den folgenden Tagen soll es laut Bennett weitere intensive diplomatische Anstrengungen mit den Kriegsparteien gegeben haben. Bennett habe seine Bemühungen dabei „bis ins kleinste Detail mit den USA, Deutschland und Frankreich abgestimmt“.

Auf die Frage, ob die westlichen Verbündeten die Initiative letztlich blockiert hätten, antwortete Bennett: „Im Grunde genommen, ja. Sie haben es blockiert, und ich dachte, sie hätten unrecht.“ Sein Fazit: „Ich behaupte, dass es eine gute Chance auf einen Waffenstillstand gab, wenn sie ihn nicht verhindert hätten.“ (Berliner Zeitung 6.2.2023).

**II) Initiative von Mexiko vom September 2022**

Ende September 2022 schlug Mexiko die Einrichtung einer hochrangigen diplomatischen Delegation vor, die zwischen Russland und der Ukraine vermitteln sollte.

Marcelo Ebrard Casaubon, Mexikos Außenminister, warb vor der UN-Generalversammlung für eine Delegation, welche die Vermittlungsbemühungen von UN-Generalsekretär António Guterres begleiten sollte. In seiner Rede nannte er internationale Führungspersonlichkeiten – namentlich den indischen



Premierminister Narendra Modi und Papst Franziskus – als mögliche Unterstützer des UN-Generalsekretärs.

Der mexikanische Außenminister nannte die „Lähmung“ des UN-Sicherheitsrates als Grund für seine Initiative – und warf diesem wichtigsten UNO-Gremium vor, den Krieg in der Ukraine weder zu verhindern noch Maßnahmen zu ergreifen, um die Aggression zu stoppen oder einen diplomatischen Prozess einzuleiten.

„Angesichts dieser Lähmung mussten wir die Generalversammlung in einer Dringlichkeitssitzung anrufen, in der Mexiko zusammen mit Frankreich einen geeigneten Rahmen für die Kanalisierung der humanitären Hilfe vorschlug, der zwar nützlich war, aber angesichts der Zerstörungen und des Leids, die der Krieg hinterlassen hat, eindeutig unzureichend ist“, so Ebrard.

Ein Gremium von Staats- und Regierungschefs sollte zusätzlich die Bemühungen des Generalsekretärs um vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Russland und der Ukraine unterstützen und begleiten.

Ebrard sagte zu, dass Mexiko "einen ergänzenden diplomatischen Kanal" zu den bestehenden Kanä-

len anbieten wolle, um mit den Konfliktparteien in Kontakt zu treten.

„Wir werden die notwendigen Konsultationen fortsetzen, mit dem einzigen Ziel, als unparteiischer Akteur und in gutem Glauben dazu beizutragen, eine möglichst breite Unterstützung für die Bemühungen und die gute Arbeit des Generalsekretärs und der Delegation zu erreichen“, fügte der mexikanische Außenminister hinzu.<sup>(3)</sup>

**III) Brasilien – 1. Februar 2023**

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat im Kontext des Besuches von Olaf Scholz Anfang Februar 2023 in Brasilien eine Vermittlungsinitiative Brasiliens und Chinas zur Beendigung des Ukraine-Krieges vorgeschlagen. "Es ist notwendig, eine Gruppe von Ländern zu bilden, die stark genug ist und respektiert wird, um sich mit den beiden an einem Verhandlungstisch zusammzusetzen", sagte Lula in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz in der brasilianischen Hauptstadt Brasília. Er habe bereits mit Scholz und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron über die Initiative gesprochen.

(3) <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/mexiko-schl%C3%A4gt-die-einrichtung-einer-hochrangigen-diplomatischen-delegation-vor-die-zwischen-russland-und-der-ukraine-vermitteln-soll/ar-AA1294kT>

Präsident Luiz Inácio Lula da Silva brachte sich selbst als Vermittler ins Spiel, um mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj oder dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu sprechen - ebenso wie China. "Unsere chinesischen Freunde spielen dabei eine sehr wichtige Rolle", sagte er – und dass es Zeit sei, dass China die Initiative ergreife. Olaf Scholz betonte, es dürfe keinen Frieden über die Köpfe der Ukrainer:innen hinweg geben. Friedensgespräche seien immer an die Voraussetzung gebunden, dass Russland seine Truppen abziehe.

Präsident Luiz Inácio Lula da Silva kritisierte auch den ukrainischen Präsidenten Selenskyj für seine Haltung im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. "Ich glaube, Russland hat den klassischen Fehler begangen, in das Territorium eines anderen Landes einzudringen", sagte er. "Aber ich denke immer noch: 'Wenn einer nicht will, streiten zwei nicht.'<sup>(4)</sup>

**IV) Der chinesische Friedensplan vom 24. Februar 2023**

Am 24.2. hat die chinesische Regierung ihren Zwölf-Punkte-Plan für einen Waffenstillstand in der Ukraine vorgelegt.

Verlangt werden folgende Punkte:

1. Respektierung der Souveränität aller Länder.
2. Abkehr von der Mentalität des Kalten Krieges.
3. Einstellung der Feindseligkeiten.
4. Wiederaufnahme der Friedensgespräche.
5. Beilegung der humanitären Krise.
6. Schutz von Zivilist:innen und Kriegsgefangenen.
7. Die Sicherheit von Kernkraftwerken.

(4) <https://www.n-tv.de/politik/Ukraine-Krieg-Brasilianischer-Präsident-Lula-will-gemeinsam-mit-Xi-vermitteln-article23881189.html>

(5) [https://www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/zxxx\\_662805/202302/t20230224\\_11030713.html](https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/202302/t20230224_11030713.html), Übersetzung nach: <https://de.euronews.com/2023/02/24/china-friedensplan-krieg-ukraine>

8. Verringerung der strategischen Risiken.

9. Erleichterung der Getreideausfuhr.

10. Beendigung einseitiger Sanktionen.

11. Stabilisierung der Industrie- und Versorgungsketten.

12. Förderung des Wiederaufbaus nach Konflikten.<sup>(5)</sup>

Im Unterschied zum italienischen 4-Stufen-Friedensplan vom Mai 2022, der das Ergebnis von Verhandlungen bereits im Vorhinein festlegen wollte, bleibt der chinesische Vorschlag offenbar bewusst im Detail offen, um die Konfliktparteien erst einmal an den Verhandlungstisch zu bringen und selbst Lösungen erarbeiten zu lassen.

Das Papier könne „als Grundlage für eine friedliche Lösung genommen werden, sobald der Westen und Kiew dazu bereit sind“, sagte Putin zu diesem Plan im Kreml nach Verhandlungen mit Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping (ZDF, 12.3.2023).

Die Regierung in Kiew dagegen hat das von China zum Jahrestag der russischen Invasion in die Ukraine vorgelegte Positionspapier abgelehnt. „Jeder ‚Friedensplan‘, der nur einen ‚Waffenstillstand‘ und infolge dessen eine neue Trennlinie und die Besetzung von Gebieten vorsieht, handelt nicht von Frieden“, schrieb der Berater im Kiewer Präsidentenbüro, Mychajlo Podoljak. Es handle sich vielmehr um ein „Einfrieren des Krieges“ und daher eine Niederlage.

**Fazit**

Die Länder des Südens haben einen sehr viel größeren Leidensdruck seit dem 24.2.2022 als die Länder des Nordens – aufgrund der

drastisch gestiegenen Energiepreise und sozialer Verwerfungen.

Mexiko, Brasilien, China und Indien könnten sich zusammenschließen, um gemeinsam internationalen Druck für Verhandlungen und einen Waffenstillstand aufzubauen.

Ende März 2023 lud US-Außenminister Antony Blinken Amtskolleg:innen aus mehreren Kontinenten zu einer virtuellen Gesprächsrunde über einen "gerechten und anhaltenden Frieden" in der Ukraine ein.

Aufsehen hatte der US-Außenminister eine Woche zuvor schon erregt, als er im US-Kongress sagte: "Ich denke, es wird Gebiete in der Ukraine geben, um die die Ukrainer:innen entschlossen sind, vor Ort zu kämpfen. Es könnte Gebiete geben, die sie auf andere Weise zurückzuerobern versuchen müssen."

Diese Äußerung wurde weltweit mit großem Interesse aufgenommen und als Hinweis gedeutet, dass die Ukraine nach Ansicht Washingtons möglicherweise in Verhandlungen nicht alle derzeit von Russland besetzten Gebiete in ihr Staatsgebiet integrieren wird können.

Wegen der enormen Waffenlieferungen aus den USA wird die Entscheidung in Kiew, ob die Regierung zu Verhandlungen mit Moskau bereit ist, nicht in den Ländern des Südens, sondern in Washington fallen.

Den größten Einfluss auf Präsident Putin sowie dessen Bereitschaft zu Verhandlungen dürfte aktuell China haben.

**Clemens Ronnefeldt** ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

